

Antragsvorbereitung Befreiung Gestaltungssatzung: Argumente-Checkliste und Musterschreiben für Ihre PV- Anlage

Antragsvorbereitung: Befreiung von der Gestaltungssatzung für Ihre PV-Anlage

Argumente-Checkliste, Unterlagen-Übersicht und Musterschreiben

Ein Service von photovoltaik.info — Ihr unabhängiges Informationsportal rund um Photovoltaik, Speicher und Solarstrom für Eigenheimbesitzer.

Für wen ist diese Vorlage?

Sie möchten eine Photovoltaikanlage auf Ihrem Dach installieren, aber die Gestaltungssatzung (eine von der Gemeinde erlassene Vorschrift, die das äußere Erscheinungsbild von Gebäuden regelt) Ihrer Kommune steht dem entgegen. Vielleicht haben Sie bereits eine Absage erhalten oder befürchten eine.

Diese Vorlage führt Sie Schritt für Schritt durch die Vorbereitung eines Befreiungsantrags (ein formeller Antrag, mit dem Sie eine Ausnahme von den Festsetzungen der Satzung beantragen). Sie sammeln die richtigen Unterlagen, formulieren die überzeugenden Argumente und nutzen das Musterschreiben als Grundlage für Ihr eigenes Anschreiben.

Das Ergebnis: Ein vollständiger, professionell aufgebauter Antrag, der Ihre Chancen auf eine Genehmigung deutlich erhöht.

Der entscheidende Punkt: Seit 2023 stuft das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG, das zentrale Bundesgesetz zur Förderung erneuerbarer Energien) die Nutzung von Solarenergie als Angelegenheit von „überragendem öffentlichem Interesse“ ein. Dieses Bundesrecht steht in der Normenhierarchie (der Rangordnung von Gesetzen) über einer kommunalen Satzung. Viele

Gemeinden und Verwaltungsgerichte berücksichtigen dieses Argument zunehmend. Ihr Antrag ist also kein Bittgesuch, sondern hat eine solide rechtliche Grundlage.

Schnellcheck: Müssen Sie überhaupt einen Antrag stellen?

Bevor Sie mit der aufwendigen Antragsvorbereitung beginnen, klären Sie diese drei Punkte. In manchen Fällen ist gar kein Befreiungsantrag nötig.

- ☐ **Gilt die Satzung noch?** Prüfen Sie das Datum des Inkrafttretens. Mehrere Bundesländer haben ihre Landesbauordnungen (die landesweiten Bauvorschriften) in den letzten Jahren zugunsten von Solaranlagen geändert. In Baden-Württemberg beispielsweise können bestimmte ältere Gestaltungssatzungen, die Solaranlagen pauschal verbieten, durch neuere landesrechtliche Regelungen überholt sein. Fragen Sie beim Bauamt gezielt nach, ob die Satzung an die aktuelle Landesbauordnung angepasst wurde.
- ☐ **Verbietet die Satzung PV tatsächlich?** Viele Satzungen enthalten keine ausdrückliche Verbotsnorm, sondern nur vage Formulierungen wie „dürfen das Ortsbild nicht stören“ oder „sind gestalterisch einzufügen“. Solche Formulierungen lassen Interpretationsspielraum, den Sie nutzen können, ohne eine förmliche Befreiung zu benötigen.
- ☐ **Liegt Ihr Dach im Geltungsbereich?** Gestaltungssatzungen gelten häufig nur für bestimmte Gebiete (z. B. die Altstadt, einen historischen Ortskern). Prüfen Sie anhand des Geltungsbereichs der Satzung, ob Ihr Grundstück tatsächlich betroffen ist.

Ergebnis:

- Alle drei Punkte deuten darauf hin, dass die Satzung greift → Weiter mit Teil 1.
- Einer der Punkte ist unklar → Klären Sie diesen Punkt zuerst schriftlich mit dem Bauamt, bevor Sie den vollen Antrag vorbereiten.
- Die Satzung greift nicht → Sie brauchen keinen Befreiungsantrag. Stellen Sie direkt Ihre Bauanzeige oder Ihren Bauantrag.

Teil 1: Grundlagen prüfen

Arbeiten Sie diese Punkte ab, bevor Sie Unterlagen sammeln oder Argumente formulieren. Ohne diese Basis fehlt Ihrem Antrag das Fundament.

- ☐ Aktuelle Fassung der Gestaltungssatzung bei der Gemeinde **schriftlich** angefordert (E-Mail oder Brief, damit Sie einen Nachweis haben)
- ☐ Genauen Wortlaut zu Solaranlagen markiert – handelt es sich um ein generelles Verbot oder nur um eine Einschränkung (z. B. „nicht störend“, „dem Ortsbild anzupassen“)? Notieren Sie den exakten Wortlaut hier:

- ☐ Datum des Inkrafttretens der Satzung notiert: _____
- ☐ Geprüft, ob die Satzung seit Inkrafttreten geändert oder an die aktuelle Landesbauordnung Ihres Bundeslandes angepasst wurde
- ☐ Zuständige Stelle ermittelt und notiert:
 - Bauamt / Abteilung: _____
 - Name Sachbearbeiter/in: _____
 - Telefon: _____
 - E-Mail: _____

Warum das wichtig ist: Viele Ablehnungen basieren darauf, dass Antragsteller die falsche Fassung der Satzung zitieren oder den falschen Ansprechpartner kontaktieren. Die Grundlagenarbeit kostet eine Stunde, spart aber Wochen.

Teil 2: Unterlagen für den Antrag sammeln

Ihr Antrag wird anhand von Unterlagen beurteilt, nicht anhand von Worten. Je vollständiger Ihre Dokumentation, desto weniger Rückfragen entstehen und desto professioneller wirkt Ihr Antrag.

Unterlage	Vorhanden?	Anmerkung / Wo beschaffen
Aktueller Lageplan / Flurstücksnachweis (die offizielle Grundstückskarte mit Flurstücksnummer)	☐	Beim Katasteramt oder online über das Geoportal Ihres Bundeslandes
Dachaufsicht mit eingezeichneter geplanter Modulfläche	☐	Erstellt Ihr Installateur oder Planungsbüro
Fotos der betroffenen Dachfläche – alle Seiten , auch die nicht belegten	☐	Selbst fotografieren, bei Tageslicht
Fotos des Gebäudes von öffentlichen Wegen und Plätzen aus	☐	Entscheidend: Zeigt, wie sichtbar das Dach ist
Visualisierung / Fotomontage der geplanten Anlage auf dem Dach	☐	Viele Installateure bieten das an; alternativ einfache Bildbearbeitung
Technisches Datenblatt der geplanten Module (Reflexionsgrad, Farbe, Abmessungen)	☐	Beim Modulhersteller oder Installateur
Angebot oder Planungsdokument des Fachbetriebs	☐	Zeigt, dass ein konkretes, seriöses Vorhaben vorliegt
Nachweis zur Einsehbarkeit von öffentlichen Flächen (Skizze mit Blickachsen oder annotierte Fotos)	☐	Selbst erstellen: Markieren Sie auf einer Karte, von wo das Dach sichtbar ist
Angabe, ob Full-Black-Module (komplett schwarze Module ohne sichtbares Zellgitter) oder farblich angepasste Module geplant sind	☐	Im Datenblatt hervorheben

Typischer Fehler: Viele Antragsteller reichen nur ein Angebot des Installateurs ein und vergessen die Visualisierung und die Fotos zur Einsehbarkeit. Genau diese Unterlagen sind aber das, was die Sachbearbeiter bei der Beurteilung der „Störung des Ortsbilds“ am meisten interessiert.

Teil 3: Argumente-Checkliste — In dieser Reihenfolge im Antrag aufführen

Die Reihenfolge ist bewusst gewählt: Stärkstes Argument zuerst, konkrete Belege dahinter, Kompromissbereitschaft am Ende.

Argument 1: Übertreffendes öffentliches Interesse (stärkstes Argument)

- ☐ § 2 EEG 2023 zitiert. Der Wortlaut lautet sinngemäß: „Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit.“
- ☐ Erläutert, dass dieses Bundesgesetz in der Normenhierarchie über einer kommunalen Gestaltungssatzung steht und bei der Abwägung (der behördlichen Entscheidung, welches Interesse überwiegt) besonders zu gewichten ist.

Argument 2: Konkreter Beitrag zum Klimaschutz

- ☐ Geschätzte jährliche CO₂-Einsparung angegeben: _____ kg/Jahr
(Hinweis: Die CO₂-Einsparung hängt von der Anlagengröße, dem Standort und dem aktuellen Strommix ab. Ihr Installateur kann eine grobe Schätzung liefern. Der häufig verwendete Richtwert für den deutschen Strommix liegt bei ca. 400–500 g CO₂ pro kWh, dieser Wert wird jährlich vom Umweltbundesamt aktualisiert und sinkt tendenziell.)
- ☐ Geschätzter Jahresertrag der Anlage angegeben: _____ kWh/Jahr
(Auch hier gilt: Reale Erträge liegen typischerweise 10–20 % unter den Idealwerten aus dem Datenblatt, bedingt durch Verschattung, Modulalterung, Wechselrichterverluste und Wetterbedingungen.)

Argument 3: Geringe visuelle Beeinträchtigung

- ☐ Dargelegt, dass die Module auf einer Dachseite installiert werden, die von öffentlichen Flächen **nicht oder kaum** einsehbar ist
- ☐ Fotomontage oder Visualisierung beigelegt, die den Eindruck von öffentlichen Standpunkten zeigt

- ☐ Modulwahl erläutert: Full-Black-Module, reflexionsarmes Glas (Glas mit spezieller Beschichtung, das Blendung reduziert) oder farblich angepasste Module
- ☐ Technisches Datenblatt mit Angaben zu Reflexionsgrad und Farbe beigelegt

Argument 4: Kompromissbereitschaft

- ☐ Bereitschaft zu einem Ortstermin (persönliches Treffen am Gebäude mit dem Sachbearbeiter) angeboten
- ☐ Bereitschaft zur Anpassung der Modulanordnung signalisiert, falls bestimmte Bereiche besonders sensibel sind
- ☐ Gegebenenfalls alternative Dachseite oder reduzierte Modulfläche als Rückfalloption benannt

Argument 5: Bezug zur konkreten Satzungsformulierung

- ☐ Exaktes Zitat aus der Satzung eingefügt, das Ihr Argument stützt oder das als interpretationsfähig einzuordnen ist
- ☐ Dargelegt, warum Ihre geplante Anlage die konkreten Schutzziele der Satzung (z. B. „Wahrung des historischen Ortsbilds“) nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt

Teil 4: Argumente, die NICHT überzeugen – diese vermeiden

Die Analyse veröffentlichter Verwaltungsgerichtsentscheidungen zeigt wiederkehrende Muster bei abgelehnten Anträgen. Vermeiden Sie diese Fehler.

Schwaches Argument	Warum es nicht funktioniert
„Mehr Ertrag auf der Südseite“ ohne Bezug zum öffentlichen Interesse	Rein wirtschaftliche oder technische Effizienzgründe allein reichen nach bisheriger Rechtsprechung nicht aus, um eine Befreiung zu begründen. Das öffentliche Interesse muss im Vordergrund stehen.
„Mein Nachbar hat auch eine Anlage“	Ohne rechtliche Einordnung ist das kein Argument. Entweder hat der Nachbar eine Genehmigung, dann ist die Situation anders gelagert. Oder er hat keine, dann berufen Sie sich auf einen möglicherweise rechtswidrigen Zustand.
Fehlende Angaben zu Sichtbarkeit oder Modultyp	Wenn das Bauamt nicht beurteilen kann, wie die Anlage aussehen wird, entscheidet es im Zweifel gegen Sie.
Konfrontative oder drohende Tonlage	Formulierungen wie „Ich werde klagen“ oder „Das ist mein gutes Recht“ in einem Erstantrag vergiften die Gesprächsatmosphäre. Der Antrag ist ein Verwaltungsverfahren, kein Rechtsstreit.
Allgemeine politische Aussagen ohne konkreten Bezug	„Die Energiewende muss vorangetrieben werden“ ist richtig, aber zu unspezifisch. Benennen Sie stattdessen den konkreten Beitrag Ihrer Anlage.

Was die meisten unterschätzen: Verwaltungsentscheidungen werden von Menschen getroffen. Ein sachlicher, gut dokumentierter und kompromissbereiter Antrag wird von Sachbearbeitern anders behandelt als ein konfrontativer oder unvollständiger. Die Tonlage Ihres Antrags ist kein Nebensächlichkei – sie beeinflusst, wie viel Mühe sich die Behörde mit Ihrem Anliegen gibt.

Teil 5: Musterschreiben – Antrag auf Befreiung

Passen Sie dieses Schreiben an Ihre Situation an. Ersetzen Sie alle Platzhalter in eckigen Klammern. Streichen Sie, was nicht zutrifft, und ergänzen Sie, was für Ihren Fall relevant ist.

[Ihr Name]

[Ihre Adresse]

[PLZ, Ort]

An

[Bauamt der Gemeinde]

[Adresse des Bauamts]

[PLZ, Ort]

[Ort], [Datum]

Betreff: Antrag auf Befreiung von den Festsetzungen der Gestaltungssatzung für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf dem Grundstück [Ihre Adresse / Flurstück Nr. _____]

Sehr geehrte Damen und Herren,

[falls Name des Sachbearbeiters bekannt: Sehr geehrte/r Frau/Herr _____]

hiermit beantrage ich die Befreiung von den Festsetzungen der Gestaltungssatzung der Gemeinde [Gemeindename] – konkret von [§ __ / Abschnitt __ / der Regelung zu _____] – für die Errichtung einer Photovoltaikanlage auf meinem Grundstück.

1. Überragendes öffentliches Interesse

Gemäß § 2 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2023) liegen die Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Dieses durch Bundesgesetz festgeschriebene Interesse ist bei der Abwägung mit den Zielen der kommunalen Gestaltungssatzung besonders zu gewichten.

2. Konkreter Klimaschutzbeitrag

Die geplante Anlage hat eine Leistung von ca. [____] kWp (Kilowatt-Peak, die Spitzenleistung unter Standard-Testbedingungen) und einen geschätzten Jahresertrag von ca. [____] kWh.

Dies entspricht einer jährlichen CO₂-Einsparung von geschätzt [____] kg gegenüber dem durchschnittlichen deutschen Strommix.

3. Geringe optische Beeinträchtigung

Um die Vereinbarkeit mit den gestalterischen Zielen der Satzung zu gewährleisten, plane ich folgende Maßnahmen:

- Anbringung der Module auf der [Himmelsrichtung]-Dachseite, die von öffentlichen Verkehrsflächen und Plätzen aus [nicht / kaum] einsehbar ist (siehe beigefügte Fotos und Visualisierung).
- Verwendung von [Full-Black-Modulen / Modulen mit reflexionsarmem Glas / farblich angepassten Modulen]. Die technischen Daten sind dem beigefügten Datenblatt zu entnehmen.
- [Weitere Maßnahme, z. B.: Einhaltung eines Abstands von __ cm zum Dachrand / dachparallele Montage ohne Aufständering.]

4. Gesprächsbereitschaft

Ich bin gerne bereit, mein Vorhaben in einem persönlichen Gespräch oder bei einem Ortstermin zu erläutern und mögliche Anpassungen gemeinsam zu besprechen.

Beigefügte Unterlagen:

- ☐ Lageplan mit Flurstücksnachweis
- ☐ Dachaufsicht mit eingezeichneter Modulfläche
- ☐ Fotos der Dachfläche und des Gebäudes von öffentlichen Standpunkten
- ☐ Visualisierung / Fotomontage
- ☐ Technisches Datenblatt der geplanten Module
- ☐ Angebot / Planung des Fachbetriebs
- ☐ [Weitere Unterlage: _____]

Für Rückfragen stehe ich Ihnen jederzeit zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

[Unterschrift]

[Name]

Hinweis: Dieses Musterschreiben ist eine allgemeine Vorlage und keine Rechtsberatung. Prüfen Sie die Angaben für Ihren konkreten Fall. Bei komplexen Situationen (z. B. Denkmalschutz zusätzlich zur Gestaltungssatzung) empfiehlt sich die Beratung durch einen auf Baurecht spezialisierten Anwalt.

Teil 6: Ablaufplan bei Ablehnung

Eine Ablehnung ist kein Endpunkt. Es gibt weitere Schritte. Aber: Fristen sind dabei entscheidend. Versäumen Sie eine Frist, verlieren Sie Ihre Rechte.

- ☐ Ablehnungsbescheid vollständig gelesen, insbesondere die **Begründung** und die **Rechtsbehelfsbelehrung** (der Abschnitt am Ende, der erklärt, welches Rechtsmittel Sie einlegen können und bis wann)
- ☐ Widerspruchsfrist notiert: _____
(Typische Frist: ein Monat nach Zustellung des Bescheids. Die genaue Frist steht in der Rechtsbehelfsbelehrung. Fehlt diese Belehrung, verlängert sich die Frist in der Regel auf ein Jahr – aber verlassen Sie sich nicht darauf, ohne dies zu prüfen.)
- ☐ Schriftlichen Widerspruch **fristgerecht** bei der im Bescheid genannten Stelle eingelegt
(Empfehlung: per Einschreiben mit Rückschein oder persönliche Abgabe mit Empfangsbestätigung)
- ☐ In der Widerspruchsbegründung auf die konkreten Ablehnungsgründe eingegangen und die eigenen Argumente gezielt nachgeschärft
- ☐ Bei erneuter Ablehnung (Widerspruchsbescheid): Beratungstermin bei einem auf **öffentliches Baurecht** spezialisierten Anwalt vereinbart
(Hinweis: Die Anwaltsberatung kostet typischerweise zwischen ca. 100 und 300 Euro für ein Erstgespräch, je nach Anwalt und Komplexität. Eine Klage vor dem Verwaltungsgericht verursacht weitere Kosten – lassen Sie sich vorab über das Kostenrisiko beraten.)
- ☐ Klagefrist vor dem Verwaltungsgericht (ein spezialisiertes Gericht für Streitigkeiten zwischen Bürgern und Behörden) notiert: _____
(Typische Klagefrist: ein Monat nach Zustellung des Widerspruchsbescheids.)

Realistische Einschätzung: Die Analyse öffentlich zugänglicher Gerichtsurteile zeigt, dass Klagen gegen Gestaltungssatzungen keineswegs immer erfolgreich sind. Gerichte wägen im Einzelfall ab. Anträge, die gut dokumentiert sind, auf § 2 EEG 2023 Bezug nehmen und eine geringe optische Beeinträchtigung nachweisen, haben eine deutlich bessere Ausgangslage als unvollständige oder rein auf wirtschaftliche Vorteile gestützte Anträge. Eine Garantie gibt es nicht.

Teil 7: Persönliche Zusammenfassung – vor dem Absenden ausfüllen

Füllen Sie diese Übersicht aus, bevor Sie Ihren Antrag absenden. Sie dient Ihnen als letzte Kontrolle und als Kopie für Ihre Unterlagen.

Punkt	Ihre Angabe
Geplanter Modultyp und Farbe	_____
Geplante Anlagengröße (kWp)	_____
Standort auf dem Dach (Dachseite, Ausrichtung)	_____
Einsehbarkeit von öffentlichen Flächen	_____
Ihr stärkstes Argument für diesen Fall	_____
Wichtigste beigefügte Unterlage	_____
Name des Sachbearbeiters beim Bauamt	_____
Datum der Antragstellung	_____
Frist für Rückmeldung notiert?	☐ Ja

Warum das für Ihre Solaranlage entscheidend ist

Die Gestaltungssatzung ist für viele Eigenheimbesitzer das unerwartete Hindernis auf dem Weg zur eigenen Solaranlage. Was viele nicht wissen: Das Hindernis ist in vielen Fällen überwindbar, wenn der Antrag auf Befreiung sorgfältig vorbereitet wird und die richtigen rechtlichen Argumente enthält. Der Unterschied zwischen einer Genehmigung und einer Ablehnung liegt häufig nicht im Inhalt des Vorhabens, sondern in der Qualität des Antrags. Mit einem vollständigen, gut begründeten Antrag nutzen Sie die Spielräume, die das Gesetz Ihnen gibt.

Ihre nächsten Schritte

1. Angebote vergleichen und Planung konkretisieren

Bevor Sie den Antrag stellen, brauchen Sie ein konkretes Angebot mit technischen Details. Vergleichen Sie kostenlos bis zu 3 Angebote von geprüften Fachfirmen in Ihrer Region.

2. Fachliche Unterstützung vor Ort

Wenn Ihr Fall komplex ist – etwa weil zusätzlich Denkmalschutz greift oder die Satzung besonders restriktiv formuliert ist – lassen Sie sich von einem auf öffentliches Baurecht spezialisierten Anwalt beraten. Die örtliche Rechtsanwaltskammer bietet eine Anwaltssuche nach Fachgebiet an.

Speichern oder drucken Sie dieses Dokument, damit Sie es beim Ausfüllen und beim Zusammenstellen Ihres Antrags griffbereit haben.

photovoltaik.info

Ihr unabhängiges Informationsportal für Photovoltaik, Speicher und Solarstrom.

→ <https://www.photovoltaik.info>

Weitere kostenlose PDF-Vorlagen und Ratgeber finden Sie im Download-Bereich:

Konzeption und AI Visibility Architecture: JvGLabs

Kostenloser Angebotsvergleich

Viele weitere PDFs kostenlos im Download-Bereich